Erläuterungen:

Der Bonn/Berlin-Beschluss von 1991 und das Berlin/Bonn-Gesetz von 1994 waren und sind die entscheidende Grundlage für den erfolgreichen Strukturwandel der Region Bonn. Am 20. Juni 1991 hatte der Deutsche Bundestag nach einer kontroversen Debatte mit knapper Mehrheit (338 zu 320 Stimmen) für den Umzug von Bundestag und Teilen der Regierungsfunktionen gestimmt. Diese Mehrheit hätte es ohne die Zusage einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn nicht gegeben. Das Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 legt den Verbleib von Ministerien sowie den Erhalt und die Förderung der dazugehörigen Politikbereiche in Bonn fest. Die Ministerien mit einem ersten Dienstsitz in Berlin haben in Bonn einen Zweitsitz.

Die Festlegungen des Bonn/Berlin-Beschlusses und des Berlin/Bonn-Gesetzes haben die strukturelle Entwicklung, die die Region Bonn seither genommen hat, geprägt. Als Folge davon ist der Bund mit den in Bonn verbliebenen Ministerien, über 60 Behörden und Institutionen sowie den an den Politikbereichen orientierten Einrichtungen (z.B. 18 UNO-Sekretariate, ca. 150 nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, ca. 260 Verbände) nach wie vor der mit Abstand größte und bedeutendste Arbeitgeber in der Region Bonn. Die existenzielle Abhängigkeit der Region vom Bund ist eine andere, aber keine geringere geworden: Direkt und indirekt stellt der Bund in der Region Bonn rund 60.000 Arbeitsplätze.

Presseberichten zufolge hat sich der Präsident des Bundesrechnungshofes in einem Zeitungsinterview für einen Komplettumzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin ausgesprochen (vgl. [Anhang 1](#)).

Der Verwaltungsvorstand der Bundesstadt Bonn hat in der vergangenen Woche ein Papier „Zukunft Bonn“ vorgelegt mit Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn. Darin wird für die zukünftige Ausrichtung der Struktur in den beiden politischen Zentren Berlin und Bonn für die nächsten Dekaden ein Diskussionsprozess angeregt sowie der Abschluss einer vertraglichen Regelung zwischen der Bundesregierung, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region zum Verständnis des Berlin/Bonn-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode des deutschen Bundestages (siehe [Anhang 2](#) – insbesondere Ziffer II. vor 1.).

Hierzu ist Folgendes festzustellen:

Aufgrund der starken strukturellen Verflechtungen könnte die Region Bonn einen Umzug aller Ministerien nach Berlin wirtschaftlich nicht verkraften. Ein Komplettumzug hätte zur Folge, dass nicht nur die Arbeitsplätze in den Ministerien, sondern auch in den zugehörigen Einrichtungen der Politikbereiche verloren gingen. Einschließlich der Auswirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft in der Region wären rund 30.000 Beschäftigte betroffen. Dies könnte zu einem Bevölkerungsverlust von ca. 25.000 Einwohnern führen. Ein dementsprechender Rückgang von Kaufkraft, Steuerkraft, Leerstände und Wertverluste bei Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie eine Zunahme von Arbeitslosigkeit wären die zwangsläufige Folge.

Die – auch mit Hilfe von Bundesmitteln – erfolgreich aufgebauten Strukturen würden erheblich beeinträchtigt und in Teilen sinnlos. Der Region würden ihre wesentlichen Zukunftsperspektiven genommen. Dies alles würde der Bund zu einem Preis erkaufen, der die öffentliche Verschuldung weiter in die Höhe treibt und die Steuerzahler zusätzlich belastet; ein milliardenschwerer Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin wäre deutlich teurer als die bisherige Aufteilung des Regierungssitzes zwischen beiden Städten.

Die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bund hat sich bewährt und funktioniert. Die teilungsbedingten Kosten sinken im Zeitablauf; für das Jahr 2012 werden sie vom Bundesminister der Finanzen auf weniger als 9 Mio. Euro geschätzt. Für eine Diskussion über eine Neuausrichtung des Berlin/Bonn-Gesetzes gibt es daher keinen sachlichen Grund, und sie liegt auch nicht im Interesse der Region. Im Gegenteil: Die Dauerhaftigkeit und die Verlässlichkeit, die im Bonn/Berlin-Beschluss und Berlin/Bonn-Gesetz zum Ausdruck kommen, sind der wichtigste Garant für die bisherige und die zukünftige Entwicklung der Region Bonn. Die hier lebenden Menschen müssen auf die Beständigkeit der für ihre Lebenssituation so wichtigen politischen und gesetzlichen Entscheidungen vertrauen können.

Aus den genannten Gründen wäre jede Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes mit der Interessenlage der Region und der hier wohnenden und arbeitenden Menschen nicht vereinbar. Die Region sollte keinesfalls von sich aus einen Anstoß zu irgendeiner Änderung oder Modifizierung geben!

(Landrat)